

S t a d t H a a n

Niederschrift über die

13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan

am Dienstag, dem 28.11.2023 um 17:00 Uhr

in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:00 Uhr

Ende:
20:25 Uhr

Vorsitz

Stv. Jochen Sack

CDU-Fraktion

Stv. Vincent Endereß

AM Sven Groters

anwesend bis 20.00 h

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey

Stv. Martin Haesen

in Vertretung für Stv. Marion Klaus

WLH-Fraktion

AM Ernst Adam

Stv. Tessa Lukat

in Vertretung für Stv. Nadine Lütz

FDP-Fraktion

AM Thomas Kirchhoff

Schriftführung

VA Sigrid Nippe

stimmberechtigte Mitglieder

AM Beate Baroke

AM Hanno Krüger

AM Bernhild Kurosinski

AM Britta Longerich

AM Sina Lorenz

AM Doris Weidner

beratende Mitglieder

AM Klaus Faulhaber-Birghan

AM Yvonne Kupfer-Kasemann

in Vertretung für AM Barbara Müller

in Vertretung für AM Sabine Mallon-Leonczuk

AM Sylvia Smajgert

AM Joana Stollenwerk

Vertreter des Seniorenbeirates

Frau Barbara Schwarze

Vertreter des Jugendparlamentes

Herr Henrik Giebels

Frau Emilia Zambon

anwesend ab 17.45 h

anwesend ab 17.45 h

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

Verwaltung

StVD'in Doris Abel

VA Kira Bergmann

VA Simona Berkholz

VA Peter Burek

VA Stephanie Dellit

StHS'in Simone Herweg

VA Susanne Kossmann

VA Dietmar Pantel

VA Sarah Wendel

Der Vorsitzende Jochen Sack eröffnet um 17:00 Uhr die 13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der **Vorsitzende Jochen Sack** verpflichtet Frau Sylvia Smajgert als Nachfolgerin von Herrn Mertens für die Graf-Recke-Stiftung als beratendes Mitglied im JHA sowie Frau Yvonne Kupfer-Kasemann für den Stadtelternrat.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Auf die Frage des **Vorsitzenden Jochen Sack**, ob sich jemanden als befangen erklärt, gibt es keine Rückmeldung.

Herr Sack stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

12./ Kinder- und Jugendfragestunde sowie Kinder- und Jugendparlament

Protokoll:

VA Sarah Wendel sowie eine Parlamentarierin berichten für das Kinderparlament über die Aktivitäten der letzten Monate. Am Tag zuvor sei ein neues Kinderparlament gewählt und das alte verabschiedet worden.

Henrik Giebels berichtet von der gerade stattfindenden Wahl des Jugendparlamentes in den Schulen. Er bedauere die Halbierung des Budgets für das Jugendparlament und bittet die Ausschussmitglieder, die wichtige jugendpolitische Arbeit zu berücksichtigen.

13./ Bericht der Unterausschüsse "Spielflächen/Jugendorte" und "Kinderschutz"

Protokoll:

Stv. Vincent Endereß berichtet für den Unterausschuss „Spielflächen/Jugendorte“, dass am Skater- und Jugendtreff an der Landstraße der letzte Bauabschnitt in diesem Jahr fertiggestellt werde. Im Januar wolle man sich die Anlage ansehen und die Maßnahmen für 2026/27 planen.

Stv. Martin Haesen berichtet über den am 27.11.23 stattgefundenen Unterausschuss „Kinderschutz“, in dem u.a. die geplante Einbindung der Kinderschutzaspekte in die „Kinderfreundliche Kommune“ behandelt wurde. Darüber hinaus wurde die Entwicklung der Kinderschutzmeldungen der vergangenen Jahre diskutiert, wobei sich das Dunkelfeld etwas gelichtet habe. Trotzdem gäbe es eine hohe Fallzahl, die nicht erkannt würde. Die Verwaltung sei hierzu in die Netzwerkarbeit gegangen.

Im Haushalt existiere ein Budget für den Kinderschutz in Höhe von 20T€. Die Verwaltung wird gebeten, zu Protokoll die Verwendung, auch bezüglich der geplanten Veranstaltung in 2024 zu den Kinderrechten, darzustellen.

Gerne würde man die Visualisierung der Kinderrechte anhand von Steelen in das Budget mit einplanen.

Anmerkungen zu Protokoll:

Zum Haushalt 2021 war ein Antrag gestellt worden, dem neu gegründeten UA Kinderschutz ein Budget von 20.000 € zur Verfügung zu stellen. Es gab Diskussionen, ob einem UA überhaupt Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, letztlich wurden die 20.000 € für den HH 2021 mit Sperrvermerk vom HFA (in Vertretung für den Rat) am 25.03.2021 beschlossen und in den HH 2021 eingestellt. In 2021 wurden jedoch keine Mittel verausgabt. Es gab darüber hinaus keine Grundlage, die Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses 2021 ins nächste Haushaltsjahr zu übertragen, weil kein konkretes Projekt zu finanzieren war. Zwar wurde seitens des Stadtelternrates der Haaner Kitas zum JHA am 17.11.2021 das Projekt „Haan schaut hin“ vorgestellt und in diesem Kontext beantragt, das mit Sperrvermerk versehene Budget des UA Kinderschutz zu nutzen, dem der Rat in seiner Sitzung im Dezember 2021 auch folgte. Im Antrag hieß es „Zur langfristigen Absicherung der Umsetzung und Verantwortlichkeit der Initiative soll ggf. ein Verein gegründet werden. Hierzu berät der Unterausschuss in seiner nächsten Sitzung.“ Ein solcher Verein wurde jedoch in der Folge nicht gegründet, was möglicherweise der Grund dafür ist, dass die Mittel zu keinem Zeitpunkt abgerufen wurden. Mittel in Höhe von 20.000 € für Maßnahmen des UA Kinderschutz sind im Haushaltsplanentwurf für 2024 nicht enthalten.

Das Jugendamt plant über die Stellen kinderfreundliche Kommune, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz sowie Koordination nach dem Landeskinderschutzgesetz Infoveranstaltungen und Aktionen zum Thema Kinderschutz und Kinderrechte. Sollten darüber hinaus Ideen oder Bedarfe seitens des Unterausschusses entstehen, können diese im Unterausschuss, mit der Amtsleitung und der Kollegin „Koordination nach dem Landeskinderschutzgesetz“ abgestimmt werden.

14./ Stellenplan 2024

hier: Erhöhung eines Stellenanteils von 0,7 auf 1,0 für die Sachbearbeitung „Kita-Finanzierung“ im Stellenplan 2024

Vorlage: 10/137/2023

Protokoll:

AM Hanno Krüger bittet die Verwaltung um Einschätzung zum Haushalt, zu den Stelleneinrichtungen und zu den geplanten Kürzungen.

Die **Kämmerin Doris Abel** berichtet über den Entwurf der Landesregierung und der geplanten Streichung des Paragraphen, der momentan dazu führe, dass die Hälfte der Kommunen in NRW in das Haushaltssicherungskonzept abrutsche. Der Entwurf sähe

vor, dass erst ab einem Verzehr von mehr als 25 % des Eigenkapitals - und nicht wie bisher ab 5 % - zwingend ein HSK aufgestellt werden müsse.

Da man in Haan momentan nicht in der Lage sei, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen, sei man aufgrund der aktuell rechtlichen Lage verpflichtet, ein Haushalts sicherungskonzept zu erstellen. Dies sei bei den Kommunen in NRW flächendeckend der Fall.

Die Verwaltung sei verpflichtet, mögliche Einnahmen zu akquirieren und Ausgaben zu minimieren.

Frau Abel macht deutlich, auch wenn es zu dem geplanten Gesetzesentwurf kommen würde, ändere es nichts an der finanziellen Lage der Kommune.

Die **Bgm'in Dr. Bettina Warnecke** ergänzt, dass man es sich im Verwaltungsvorstand nicht einfach gemacht habe. Es gab viele Stellenplananforderungen aus der Verwaltung heraus. Die Streichung von Stellen in Kitas und OGS könne man sich aufgrund des Qualitätsstandards jedoch nicht erlauben. Alle Vorschläge aus dem Jugendbereich seien übernommen worden, da diese für eine einigermaßen souveräne Betreuung unabdingbar seien.

AM Thomas Kirchhoff macht deutlich, dass man den Stellenplan innerhalb der FDP-Fraktion sehr kritisch sehe. Jedoch schließe man sich den Stellenplananforderungen im JHA an, da man die Notwendigkeit sehe.

Die **Amtsleiterin Stephanie Dellit** verweist auf die zwingend notwendigen Stellenanforderungen, die teilweise refinanziert werden, auf die Pflichtaufgabe des Verfahrenslotsen sowie auf die Verwaltungskostenpauschale, die in die Betreuung der UMAs hineinfließt.

Stv. Vincent Endereß vertraut der Verwaltung, dass die angeforderten Stellen auch benötigt werden und die CDU-Fraktion werde den Vorlagen zustimmen.

Stv. Martin Haesen teilt für die SPD-Fraktion mit, dass man den Stellenanforderungen ebenfalls zustimmen werde. Leider habe er die vor ca. 10 Monaten beschlossene Stelle für die aufsuchende Jugendarbeit in den Unterlagen nicht wiedergefunden.

Die **Amtsleiterin Stephanie Dellit** erklärt, dass das Stellenbesetzungsverfahren für die aufsuchende Jugendarbeit leider nicht zum Erfolg geführt habe. Die Caritas entsende der Stadt Haan zwei Kollegen, die vor Ort eingesetzt sind. Gerne würde sie diese Konstellation im Rahmen einer Kooperation weiterführen.

Auf die Frage von **Stv. Martin Haesen**, ob die Stellen durch die Caritas zusätzlich hinzugekommen seien, erwidert Frau Dellit, dass dies eine zusätzliche Kooperation sei.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt einem zusätzlichen Stellenanteil von 0,3 VZÄ (EG 9c) für die Sachbearbeitung „Kita-Finanzierung“ im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

Der **Vorsitzende Jochen Sack** lässt über die Tagesordnungspunkte 14 bis 19 im Block abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt einstimmig.

15./ Stellenplan 2024

hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle „Wirtschaftliche Erziehungshilfe“ im Stellenplan 2024

Vorlage: 10/138/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,6 VZÄ (EG EG 9c) für die wirtschaftliche Erziehungshilfe im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

16./ Stellenplan 2024

hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle Verfahrenslotse_in gem. § 10b SGB VIII im Stellenplan 2024

Vorlage: 10/143/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 VZÄ (EG S 14) für einen/einer Verfahrenslotse_in im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

17./ Stellenplan 2024

hier: Aufnahme von drei Stellen Kita-Helfer_innen mit jeweils 0,8 VZÄ im Stellenplan 2024

Vorlage: 10/144/2023

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung von drei Stellenanteilen „Kita-Helfer_innen“ mit jeweils 0,8 VZÄ (S 2) und somit einem Stellenanteil von insgesamt 2,4 VZÄ im Stellenplan 2024 mit KW-Vermerk zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

18./ Stellenplan 2024**hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle plusKita Fachkraft im Stellenplan 2024****Vorlage: 10/145/2023**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 VZÄ (EG S 8b) für plusKita Fachkraft im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

19./ Stellenplan 2024**hier: Aufnahme einer Teilzeitstelle für Tätigkeiten im Bereich unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UmA) im Stellenplan 2024****Vorlage: 10/149/2023**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 VZÄ (S 14) für Tätigkeiten im Bereich unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UmA) im Stellenplan 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

20. Neufassung der Beitragsstaffel zur Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Tagespflege, Offene Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Haan als Konsolidierungsvorschlag**Vorlage: 51/075/2023**

Protokoll:

Der **Vorsitzende Jochen Sack** begrüßt die Eltern, die extra für diesen TOP erschienen sind und schlägt vor, diese Beratung vorzuziehen.

AM Yvonne Kupfer-Kasemann teilt mit, dass der Stadtelternrat bereits eine schriftliche Stellungnahme abgegeben habe, die den Sitzungsunterlagen auch beigefügt sei. Der Stadtelternrat lehne die Beitragserhöhung ab, auch aufgrund der durch den Fachkräftemangel immer wieder ausfallenden Betreuungsstunden. Darüber hinaus stehe der Stadtelternrat zu den Bildungsgrundsätzen, denn auf Qualität zu verzichten, sei nicht zielführend. Das Bildungsangebot müsse vielfältig bleiben und für jedes Kind zur Verfügung stehen.

Der **Vorsitzende Jochen Sack** unterbricht die Sitzung und lässt eine anwesende Mutter zu Wort kommen. Diese schließt sich den Ausführungen des Stadtelternrates vollumfänglich an. Sie verweist auch auf die Arbeitgeber, die ebenso unter der Situation leiden, wenn die Eltern auf die Kinder aufpassen müssen und nicht zur Arbeit erscheinen können.

Der **Vorsitzende Jochen Sack** beendet die Sitzungsunterbrechung.

In der anschließenden Diskussion ist man sich weitgehend einig, dass perspektivisch Beitragsfreiheit das Ziel sein muss und Kürzungen im Bildungsbereich abzulehnen sind.

Stv. Vincent Endereß verweist auf die Nachfragen der CDU-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, die im Vorfeld an die Verwaltung gegangen seien. Er stellt noch einmal heraus, wie unabdingbar die Überprüfung der Elternbeiträge aus Fairnessgründen sei. Darüber hinaus möchte die CDU-Fraktion wissen, ob es tatsächlich zutrifft, dass eine Beitragsfreiheit nach §50 KiBiz dazu führt, dass auch das zweite Kind beitragsfrei gestellt wird. Wenn dies zuträfe, möchte man wissen, wie die Satzung geändert werden müsste, damit dieser Umstand abgestellt werde. Die CDU-Fraktion plädiere für eine faire Beitragssatzung mit einer Beitragsstabilität, die über einen längeren Zeitraum erhalten bleiben könne.

Die **Amtsleiterin Stephanie Dellit** erläutert, dass es zu dem aufgeführten Paragraphen widersprüchliche Urteile gäbe. Ihr Kontaktversuch zum LVR habe leider noch nicht zum Erfolg geführt. Gerne würde die Verwaltung zum nächsten JHA hierzu eine Vorlage erstellen, da die Rechtslage zurzeit noch etwas unsicher sei.

Beschluss:

Die Neufassung der Beitragsstaffel entsprechend der Anlage xx (nach Beratung) zur Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Tagespflege, Offener Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Haan wird mit Wirkung zum 01.08.2024 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt

20./ Haushaltsplanberatungen 2024; Jugendhilfeausschuss Vorlage: 20/106/2023

Protokoll:

Abteilungsleiter Dietmar Pantel erklärt zum Änderungsantrag **Nr. 43**, dass eine solch notwendige Unterbringung von Kindern nicht steuerbar sei und ein teurer Fall die gesamte Planung umwürfe. Leider sei dies die realistische Istsituation.

Der **Vorsitzende Jochen Sack** lässt über diesen Änderungsantrag abstimmen:
einstimmig angenommen

Zum Änderungsantrag **Nr. 30** / Flemingtreff ergänzt die **Amtsleiterin Stephanie Dellit**, dass die Honorarkräfte vorgehalten werden müssen, um das Angebot vor Ort überhaupt zu gewährleisten. In dem seinerzeit vorgestellten Bericht des Kreises Mettmann über die Schuleingangsuntersuchungen sei ja auch auf das Haaner Gebiet Ost ein besonderes Augenmerk gelegt worden, so dass der Flemingtreff die Familien gut unterstützen könne.

Der **Vorsitzende Jochen Sack** lässt über diesen Änderungsantrag abstimmen:
einstimmig angenommen

Zu den Änderungsanträgen **Nr. 40 und 41** erklärt die **Amtsleiterin Stephanie Dellit**, dass die Stadt Haan über den Belastungsausgleich Gelder erhält, die u.a. die Koordinierungsstelle refinanzierten und zweckgebunden verwendet werden müssten.

Der **Vorsitzende Jochen Sack** lässt über diesen Änderungsantrag abstimmen:
einstimmig angenommen

Zu dem Änderungsantrag **Nr. 47** / Frühe Hilfe erläutert die **Amtsleiterin Stephanie Dellit**, dass diese Mittel verwaltungsintern vorerst im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen infrage gestellt wurden, da die Gelder in der Vergangenheit nicht immer komplett abgerufen worden seien. Zwischenzeitlich sei aber durch die neue Besetzung der Stelle eine gute Vernetzung entstanden, die sich sehr positiv für die Familien in Haan auswirke. Frau Dellit wirbt aus diesem Grund für die Bereitstellung der Mittel, um diese Arbeit finanziell zu unterstützen.

Der **Vorsitzende Jochen Sack** lässt über diesen Änderungsantrag abstimmen:
einstimmig angenommen

Stv. Felix Blossy erklärt seine Bestürzung über die Kürzungen für Kinder- und Jugendparlament und fragt nach den Auswirkungen auf deren Arbeit.

Die **Amtsleiterin Stephanie Dellit** erklärt, dass, wie auch schon in der AG 78 dargestellt, die Kürzungen kompensiert werden können und die Angebote darunter nicht leiden werden. Es gäbe die Möglichkeit von Fördergeldern bzw. das Umstellen von Maßnahmen.

Die Ausschussmitglieder zeigen das nötige Vertrauen in die Verwaltung, bitten aber die Vertreter_innen von Kinder- und Jugendparlament um Mitteilung an den JHA, wenn dessen Unterstützung benötigt würde.

Auf Nachfrage von **AM Hanno Krüger** bezüglich Kürzungen in der Jugendarbeit weist **Amtsleiterin Stephanie Dellit** darauf hin, dass keine Kürzungen im Bereich der Jugendverbandsarbeit geplant seien. Die Kürzungen betreffen die FIB Kinderdisco und die Stadtranderholung. Bei der FIB Kinderdisco solle z.B. nicht jedes Mal ein DJ auftreten, sondern die Musik könne von den Jugendlichen selbst organisiert werden. Gleiches gilt für die Stadtranderholung. Die Kürzungen bei den Parlamenten liege jeweils bei 1.500,- €.

Die **Kämmerin Doris Abel** erklärt nach mehreren Nachfragen, dass die Kürzung zur FIB Kinderdisco auch einen pädagogischen Hintergrund habe, nämlich die selbstständige Organisation der Musik, ohne an dem Angebot Abstriche machen zu müs-

sen. Das gleiche gälte für die Kürzung in Höhe von 1.000,- € für die Stadtranderholung, die durch Umstellung des Angebotes und Stärkung der Kinder ohne Abstriche weiter fortgeführt werden könne. Auf weitere Nachfrage bestätigt Frau Abel, dass die Kürzungen bereits im Haushalt enthalten seien.

Stv. Vincent Endereß hätte gerne vor der Entscheidung eine schriftliche Vorlage der Verwaltung mit den Auswirkungen der einzelnen Kürzungen gehabt.

Der **Vorsitzende Jochen Sack** fragt nach, ob vor der Verabschiedung des Haushaltes noch ein Jugendhilfeausschuss stattfindet.

Bgm'in Dr. Bettina Warnecke sagt spätestens für den HFA im März 2024 eine Vorlage mit einer Auflistung der Kürzungen und entsprechenden Begründungen zu.

Amtsleiterin Stephanie Dellit ergänzt, dass es z.B. bei der Stadtranderholung beim Catering große Einsparmöglichkeiten gäbe. Darüber hinaus existiere ein Stiftungskonto der Städtepartnerschaft Haan/Eu, von dem Mittel hierfür entnommen werden könnten.

Frau Dellit bestätigt, dass es die gewünschte Darstellung vom Jugendamt geben werde.

Bgm'in Dr. Bettina Warnecke schlägt die Abstimmung zu diesem TOP vorbehaltlich der Maßnahmen Stadtranderholung, Jugendarbeit, FIB Kinderdisco sowie Kinder- und Jugendparlament vor. Zu den vorgenannten Punkten werde noch eine Vorlage von der Verwaltung erstellt.

Stv. Vincent Endereß schlägt vor, das gesamte Produkt 060210 in Höhe von 160T€ bei der Abstimmung auszuklammern.

Beschluss:

Für den Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfeausschusses werden die in den Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes wie im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2024 ausgewiesen dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Über vorliegende Veränderungsanträge zum Haushalt, die nicht in einer separaten Vorlage behandelt werden, wird nach Beratung eine Empfehlung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen ohne das Produkt 060210

Zum Produkt 060210 wird eine Verwaltungsvorlage nachgereicht.

20. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Bildungsangeboten im Rahmen der zehn Bildungsgrundsätze des Landes NRW in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege auf Haaner Stadtgebiet – Aufhebung der Förderung als Konsolidierungsvorschlag
Vorlage: 51/076/2023

Protokoll:

Stv. Vincent Endereß berichtet, dass man lange für diese Budget gekämpft habe. Er möchte sehr dafür werben, dieses Angebot auch zu nutzen, damit hoffentlich im nächsten Haushaltsplanbericht aufgezeigt werde, dass die volle Summe ausgeschöpft wurde.

AM Joana Stollenwerk teilt mit, dass in der Kindertagespflege bisher keine Mittel beantragt worden seien, da man keine Kitas gefunden habe, die zur Aufnahme in ihr Programm bereit waren. Auch mit der Musikschule sei man leider nicht zusammengekommen. Ein separates Programm aufzustellen und Externe einzuladen, sei aufgrund der hohen Kosten nicht möglich.

Stv. Martin Haesen spricht sich ebenfalls für die Weiterführung des Programmes aus.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Haan hebt ab dem Kindergartenjahr 2024/2025 die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Bildungsangeboten im Rahmen der zehn Bildungsgrundsätze des Landes NRW in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege auf Haaner Stadtgebiet vom 25.10.2022 auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt

21./ Anpassung der Fachleistungsstunden für die pädagogischen Fachkräfte im Bereich der ambulanten Hilfen (Produkt 060310)
Vorlage: 51/074/2023

Protokoll:

Abteilungsleiter Dietmar Pantel erläutert die Vorlage. Bei den ambulanten Hilfen betreuen die Sozialarbeiter_innen die Familien an vorderster Front. Durch verschiedene Träger, wie z.B. AWO und Caritas, gibt es immer mehr privat/gewerbliche Anbieter. Seit vielen Jahrzehnten gäbe es Einrichtungen, die mit Freiberuflern arbeiten. Durch den Fachkräftemangel sei das Jugendamt mit 15 Mitarbeitenden angefangen und jetzt bei 4 Mitarbeitenden angekommen. Aus diesem Grund wirbt Herr Pantel um die Anpassung der Fachleistungsstunden, da man sonst nicht mehr konkurrenzfähig sei.

AM Klaus Faulhaber-Birghan verweist auf seine Hinweise von Jahren zuvor, dass die Arbeit mit Honorarkräften hochproblematisch sei, da die Gefahr der Scheinselbständigkeit bestehe. Bei Prüfungen bestünde die Gefahr, dass die Sozialversicherungsbeiträge der Honorarkräfte doppelt gezahlt würden. Er wundere sich, dass die Stadt Haan so agiere.

Abteilungsleiter Dietmar Pantel erwidert, dass sich bei Prüfungen herausgestellt habe, dass die Stadt auf der sicheren Seite sei. Es gäbe keine Honorarkraft, die ausschließlich für Haan arbeite und somit sei die Scheinselbständigkeit ausgeschlossen. Die Freiberufler erhielten eine Kostenzusage für zu übernehmende Fälle und keine Verträge. Dieses Verfahren habe in der Vergangenheit bereits mehreren Prüfungen standgehalten.

Beschlussvorschlag:

Die freiberuflichen pädagogischen Fachkräfte der „Ambulanten erzieherischen Hilfen“ erhalten ab dem 01.01.2024 pro Fachleistungsstunde einen Entgeltsatz von 42,00 €.

Abstimmungsergebnis:

11 ja-Stimmen / 3 Enthaltungen
einstimmig angenommen

22./ Monitoring Notbetreuung in Kitas **Vorlage: 51/086/2023**

Protokoll:

Die **Amtsleiterin Stephanie Dellit** berichtet, dass dieses Monitoring auf Wunsch des JHA und des Stadtelternrates vorgenommen worden sei. Die Zahlen habe man mit dem LVR abgeglichen und das Ergebnis in die Vorlage übernommen.

AM Yvonne Kupfer-Kasemann dankt für das Ergebnis, welches ihre Vermutung bestätige. Es gäbe eine Diskrepanz zwischen den gemeldeten Zahlen, die Grundlage für Beitragskürzungen wären. Sie möchte wissen, was passiert, wenn sich nicht alle Träger zurückmelden.

Amtsleiterin Stephanie Dellit erklärt, dass man mit allen Trägern gesprochen und die Notwendigkeit sowie die korrekte Meldestelle mitgeteilt habe. Bei Unterbesetzungen in den Einrichtungen könne es natürlich zu verzögerten Meldungen kommen. Dies müsse in Gesprächen immer wieder angeführt und beim LVR abgeglichen werden.

AM Klaus Faulhaber-Birghan bemängelt, dass immer nur vom Fachkräftemangel die Rede sei. Eine neue Dimension stelle die Finanzierung von Fachkräften dar; diese Meldungen würden sich zukünftig noch verstärken.

Stv. Vincent Endereß bemängelt ebenfalls die Ergebnisse des Monitorings. Er stellt die Frage an die Verwaltung, was man aus den Ergebnissen herleite und ob man in der Lage sei, die Fachkräfte zu verteilen und wie man eine zuverlässige Meldung der

Zahlen erreichen könne. Herr Endereß bittet um fortlaufende Berichterstattung im JHA.

AM Ernst Adam teilt für die WLH-Fraktion mit, dass das vorgelegte Monitoring nicht ausreiche. Er bittet um eine dezidiertere Vorlage, um darauf fußend Vorschläge unterbreiten zu können. Er fragt, wie der JHA Lösungen erarbeiten könne.

Bgm'in Dr. Bettina Warnecke macht deutlich, dass man für ein besseres Monitoring auf die Zusammenarbeit mit den Trägern angewiesen sei, die an dieser Stelle und in der AG 78 bereits existiere. Frau Dr. Warnecke bittet den JHA um entsprechende Abstimmung, wenn man dem Vorschlag von Herrn Adam folgen möchte.

Amtsleiterin Stephanie Dellit gibt zu bedenken, dass eine andere Form des Monitorings sehr schwer umzusetzen sei, auch aufgrund der unterschiedlichen Meldungen. Die Maßnahmen bei Ausfall seien so vielfältig, es existieren verschiedene Zeiten etc.

AM Ernst Adam zeigt Verständnis und nimmt diese Aussagen mit in seine Fraktion. Sollte man noch andere Ansätze herausarbeiten, stelle man einen entsprechenden Antrag.

Die anschließenden Wortbeiträge machen deutlich, dass man sich zu Beginn eines jeden Kita-Jahres ein Monitoring wünscht, das dann im JHA vorgestellt wird.

Die **Amtsleiterin Stephanie Dellit** nimmt die Bitte auf. Die Praxis werde zeigen, ob die Auswertung zum JHA vorliegen kann.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zur Kenntnis genommen

23./ Umorganisation Kitas Bollenberg / Am Sandbach **Vorlage: 51/087/2023**

Protokoll:

Amtsleiterin Stephanie Dellit erläutert die Vorlage.

AM Yvonne Kupfer-Kasemann bemängelt, dass die Information zur Umorganisation leider nicht zeitnah an die Eltern gegangen sei. Man bedauere die Aufgabe der Gruppe, da diese als etwas Besonderes empfunden wurde.

Amtsleiterin Stephanie Dellit stellt klar, dass die Gruppe nicht aufgegeben werde, sondern weiter zur Verfügung stehe. Lediglich die Überbelegungen in der Kita Bollenberg sollen entlastet werden. In den Aufnahmeanträgen habe sich außerdem auch nichts verändert. Momentan laufen Gespräche mit den Eltern, ob man wechseln

möchte. Es werde also offen kommuniziert.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zur Kenntnis genommen

24./ Konzept Präventionsketten

Vorlage: 51/088/2023

Protokoll:

Amtsleiterin Stephanie Dellit stellt das Konzept anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll beigefügt wird.

Stv. Vincent Endereß bittet für die Zukunft um Bereitstellung von Präsentationen vor dem Ausschuss, damit diese in den Fraktionen beraten werden können.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zur Kenntnis genommen

25./ Konzept Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Vorlage: 51/078/2023

Protokoll:

VA Simona Berkholz stellt das Konzept anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll beigefügt wird.

AM Hanno Krüger bittet um Beratung im Unterausschuss „Kinderschutz“, wie die Angebote bekannt gemacht werden können. Er könne sich außerdem vorstellen, dass auch aus dem ehrenamtlichen Bereich „Hingucker_innen“ bei der Haaner Kirme das Team unterstützen können, um mehrere Zeiträume abzudecken.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zur Kenntnis genommen

26./ Befragung und Aktionsplan Kinderfreundliche Kommune
Vorlage: 51/089/2023

Protokoll:

Die **Amtsleiterin Stephanie Dellit** stellt die Befragung und den Aktionsplan zur Kinderfreundlichen Kommune anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll beigelegt wird.

Stv. Martin Haesen stellt fest, dass 48 Maßnahmen identifiziert und davon 13 in die engere Wahl gekommen sind. Wenn diese dem JHA vorgelegt würden, hätte man die Gelegenheit zur Priorisierung.

Amtsleiterin Stephanie Dellit teilt mit, dass die Steuerungsgruppe die Maßnahmen bereits sondiert habe. Unter diesen 13 Maßnahmen wurden verschiedene Vorgaben ausgewählt, die auch schon fix seien. Wenn sich die Stadt noch einmal als Kinderfreundliche Kommune bewirbt, könnten weitere Maßnahmen aufgegriffen werden.

Stv. Martin Haesen wäre es lieber gewesen, wenn die Unterausschüsse die Gelegenheit zu einem Votum gehabt hätten.

Amtsleiterin Stephanie Dellit stellt klar, dass in der Steuerungsgruppe grundsätzlich Vertreter_innen aus jedem Bereich dabei seien. Beim zweiten Treffen seien zwar nicht mehr so viele Teilnehmende, aber eine ausreichende Anzahl anwesend gewesen.

Stv. Vincent Endereß teilt mit, dass er sich aufgrund seiner eigenen Abwesenheit durch die Steuerungsgruppe gut vertreten gefühlt habe. Es handele sich um eine breit aufgestellte Gruppe, deren Ergebnisse die gute Zusammenstellung zeige.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zur Kenntnis genommen

27./ Situation der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) im Jugendamt Haan
Vorlage: 51/077/2023

Protokoll:

Abteilungsleiter Dietmar Pantel berichtet, dass die Information an den JHA notwendig wurde, da es vor einigen Wochen eine kritische Situation gegeben habe. Nach Erstellen der Vorlage sei es zwischenzeitlich auf 17 Zuweisungen angestiegen; die Kapazitäten seien erschöpft. Dem Jugendamt wurde vom Landesjugendamt ein

16-jähriger UMA per kurzfristiger Meldung zugeteilt, der nun nach bundesweiter Unterkunftssuche in einem Hotel betreut werde. Eine weitere Person sei auch schon angekündigt.

Herr Pantel berichtet aus dem Jahr 2015, als die UMAs noch relativ gut in Haaner Einrichtungen betreut werden konnten. Salafisten hatten jedoch damals versucht, die Kinder abzuwerben.

Herr Pantel macht deutlich, dass er die Verantwortung für die jetzige Situation nicht allein tragen und eine Katastrophe jederzeit passieren könne.

Zwischenzeitlich habe er ein Rechtsgutachten gelesen, wonach Jugendamtsmitarbeitende UMAs mit in ihr privates Zuhause nehmen könnten.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zur Kenntnis genommen

28./ Beantwortung von Anfragen
- Anfrage der WLH-Fraktion vom 11.11.23

Protokoll:

Die Beantwortung der schriftlichen Anfrage der WLH-Fraktion wurde am Sitzungstag im Ratsinformationssystem hochgeladen.

Stv. Vincent Endereß stellt die mündliche Anfrage, ob die Spielfläche mit Wipptieren auf dem Neuen Markt ertüchtigt wird und wenn ja, wann dies passiere. Die Antwort könne zu Protokoll erfolgen.

Anmerkungen zu Protokoll:

Der Fallschutzbelag unter den Wipptieren muss erneuert werden. Witterungsbedingt wird dies voraussichtlich erst im 2. Quartal 2024 möglich sein.

29./ Mitteilungen

Protokoll:

Amtsleiterin Stephanie Dellit teilt mit, dass zurzeit 17 Kinder mit Rechtsanspruch einen Kita-Platz in Haan suchen, auch Kinder mit Behinderung. Der Grund liege in der personellen Unterbesetzung der Einrichtungen. Zurzeit würde nach Lösungen gesucht und man sei auch mit einzelnen Trägern im Gespräch. Kaum einer habe jedoch Überbelegungskapazitäten in die Planung mit aufgenommen.

Die **Bgm'in Dr. Bettina Warnecke** verabschiedet Herrn Sack, der sich nach langjähriger Zugehörigkeit aus der Politik und somit auch aus dem Jugendhilfeausschuss zurückzieht.

